

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radenornwald, Breckerfeld u. f. w.

Druck und Verlag: Wllh. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 209

— Erscheint wöchentlich 5 mal. —
Bezugspreis: Million Mark freibleibend.
— Einzelnummer 150000 Mark. —

Halver
Dienstag, den 23. Oktober 1923

Anzeigenpreis nach Grundpreisen und Schlüsselzahl.
Anzeigenpreis pro mm 40 Mt., Anzeigen für Behörden, Finanz-
angelegenheiten und auswärtige Angelegenheiten 60 Mt.; Reklamen 100 Mt.
— Schlüsselzahl 3. St. 2 000 000. —
Grundpreis mit Schlüsselzahl ergibt den Millimeterpreis.

23. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die deutsche Reichsregierung hat ihre diplomatischen Vertreter in den europäischen Ländern und in Washington beauftragt, die Frage der Reparationslieferungen anzuschneiden.

* Vom 1. November ab soll ein Fernbrief 50 Millionen kosten; in entsprechender Weise werden auch die anderen Postgebühren erhöht.

* Die bayerische Regierung hat die Reichsregierung wissen lassen, daß sie wegen der beabsichtigten Aufhebung des General v. Löffow jeden amtlichen Verkehr mit dem Reichswehrminister und dem Chef der Heeresleitung ablehne.

* In Sachsen ist infolge einer Aussprache zwischen dem Ministerpräsidenten Dr. Zeigner und dem General Müller eine Entspannung der Lage in den Bereich der Möglichkeit gerückt.

* In Pommern-Oberschlesien wurden gegen die Lebensmittel-schieber Standgerichte eingesetzt.

Weniger Beamte.

Von einem alten Beamten wird uns zu den bevorstehenden Maßnahmen zum Abbau des Beamtenkörpers geschrieben:

Es ist so oft davon gesprochen worden, von dieser Verminderung des Beamtenkörpers. Ab und zu las man davon, daß der Haushaltsausschuß ein paar Duzend Beamtenstellen strich, wodurch eine finanzielle Ersparnis weiter nicht herbeigeführt wurde, weil die „gefrühten“ Beamten in anderen, freiverwendenden Stellen der Behördenorganisation untergebracht werden mußten. Oder es wurden bei einer Reihe von Behörden die Anwärterlisten geschlossen, Neueinstellungen sollten nicht mehr stattfinden. Aber auf der anderen Seite brachten mehr oder weniger dringende staatliche Bedürfnisse unaufhörlich ein Anschwellen des Beamtenapparates, nicht bloß der etatsmäßigen Beamten, sondern namentlich der auf Dienstvertrag Angestellten. Und schließlich verursachte die Umstellung Deutschlands eine Vermehrung des Beamtenapparates einmal dadurch, daß zahlreiche, meist höhere Beamte pensioniert oder auf Wartegeld gesetzt, zum andern deswegen, weil zahlreiche Beamtenstellen neu geschaffen wurden. Das geschah namentlich in den Kommunen.

Schmal so der Beamtenapparat rein zahlenmäßig an, so gewann er durch straffe Organisation auch an innerer Stofkraft. Ganz andere Auffassungen, als bisher gewohnt, drangen in den Geist des Beamtentums ein. Beamtenstreit, Erzwingung von Gehaltserhöhungen durch Drohung mit Streik änderte vielfach das ganze Verhältnis der Beamten zum „Staat“, also zum Vertreter der Gesamtheit. Änderte es aber so, daß eine immer stärkere Kluft zwischen den Beamten und den übrigen Staatsbürgern sich aufbaute. Ein überaus unerquicklicher, beklagenswerter Zustand, der aber nun einmal vorhanden ist. Jeden Tag kann man es im praktischen Leben beobachten: Hatte der Beamte ein keineswegs übermäßig hohes Gehalt, so drückte ihn doch nicht eine Sorge, die furchtbar schwer auf allen Nichtbeamten lastete: die Sorge um das Alter. Wer konnte, selbst wenn er über ein hohes Einkommen verfügte, Ersparnisse zurücklegen für das Alter, wer konnte etwas „auf die hohe Kante legen“, da es eine „hohe Kante“ tatsächlich nicht mehr gab. Darum das Drängen zu den Beamten- oder Angestelltenposten, verständlich, aber zu einer immer stärkeren Belastung, schließlich zu einer untragbaren Last führend. Ungeschicklichkeiten wie die Auszahlung einer außerordentlich großen Summe an die Beamten in einem Augenblick, da die Steuerschraube unerwartet scharf angezogen wurde, die den Außensehenden meist unklare Regelung der Gehälter- und Nachzahlungen und manches andere kamen hinzu, um die Dinge einer überaus starken Spannung zuzutreiben.

Dazu nun noch die außenpolitischen Situationen, die an das Reich die bekannten gewaltigen Forderungen stellten, vor allem aber eine Bilanzierung des Reichshaushaltes, jede, aber auch jede Maßregel verlangten. Gleichgültig, ob damit irgendwelche Rechte der Betroffenen berührt werden oder nicht. Und die Situation ist nun auch derart, daß der Staat, um sich selbst zu retten, die Gesamtheit des Volkes also von ihren Gliedern alles und jedes Opfer verlangen muß. Tief hineingreifen muß er in das Schicksal des einzelnen wie damals, als es hieß, alles zu verlassen, Weib und Kind und — Amt, um mit der Waffe in der Hand die Gesamtheit, den Staat zu verteidigen, dieses Einzelschicksal zu vergessen und nur eines als Ziel des Denkens und Handelns zu haben: die Rettung des Volkes und des Staates, der in Lebensgefahr war und ist. Denn immer noch ist Krieg, furchtbar-unerbittlicher Krieg, in dem der einzelne nichts, das Wohl der Gesamtheit alles ist.

Unter diesem Gesichtswinkel sind die Anordnungen über den Abbau der Beamtenenschaft und der Einschränkung ihrer Rechte zu betrachten, die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes jetzt entworfen sind und demnächst erscheinen werden. Wo alle Opfer bringen, wo Millionen auf der Straße beschäftigungslos, arbeitslos, erwerbslos herumirren, da muß auch die Beamtenenschaft vor den Opfern nicht zurückbleiben. Sie müssen, will sie wirklich Diener des Staates sein. Nur muß man es auf die tiefste beklagen, daß diese schwere Operation solange hinausgeschoben wurde, eine Operation, die doch eines Tages kommen mußte. Allzu lange, weil sie zu einer für den einzelnen günstigeren Zeit hätte erfolgen können, nämlich damals, als unser Wirtschaftsleben noch arme und Köpfe aufnehmen konnte, ja dringend danach verlangte. Dann wäre der Übergang nicht so schwer geworden, wie er es jetzt meistens werden wird. Aber man spüre sich, an dieses Werk heranzugehen. Die diktatorischen Vollmachten geben der Regierung jetzt auch dazu das Recht.

Vielleicht wird dann und damit auch das Verhältnis zwischen der Beamtenenschaft und der übrigen Bevölkerung, die die Kosten des staatlichen Verwaltungsapparates zu tragen hat, wieder ein besseres werden, besser aber auch dann, wenn die parteipolitischen Tendenzen ausgeschaltet werden. Das deutsche Volk will keine amerikanischen Zustände bei sich einziehen sehen, wo bei Änderung des jeweils herrschenden Parteiensystems eine allgemeine personelle Umstellung des Beamtenapparates erfolgt. Jetzt weniger denn je. Diener des Staates sollen sie sein, ohne Rücksicht auf seine Form. Und wenn jetzt so viele Beamte ausscheiden müssen, dann darf nicht etwa irgendwelche parteipolitische Rücksicht, darf keine Betrübniswirtschaft obwalten; denn sonst wird diese staatlich notwendige Maßnahme eine noch viel härtere, noch viel und viele verbitternde werden, als sie es schon an und für sich ist.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Ersparnisse im Auswärtigen Dienst.

Nachdem der Reichspräsident mit Rücksicht auf die Finanzlage des Reiches bis auf weiteres auf die Hälfte der ihm zustehenden Aufwandsgebelter verzichtet hat, hat nunmehr auch das Auswärtige Amt mit sofortiger Wirkung sehr einschneidende Kürzungen der Gehälter der Auslandsbeamten angeordnet. Es hat einen Abbau durchgeführt, indem es mit ganz wenigen Ausnahmen die Gehälter des Gesandtschaftspersonals in der ganzen Welt durchschnittlich um 10 %, zum Teil auch um höhere Sätze, herabgemindert hat. Die Gehälter der Gesandten sind um 12 % und die der Botschafter um 15 % gekürzt worden.

Ein Fernbrief 50 Millionen.

Vom 1. November wird, wie gemeldet wird, ein neuer Posttarif eingeführt: ein Fernbrief soll 50 Millionen kosten. Es läßt also eine fünfjährige Erhöhung der jetzt neu eingetragenen Gebühren in Betracht. Marken zu 100 und 200 Millionen werden bereits gedruckt. Ihre Ausgabe erfolgt in der nächsten Woche.

Arbeitszeit der Beamten.

Im Reichsministerium des Innern fand eine Besprechung der Vertreter der Reichsregierung mit den Beamten-Spitzenorganisationen über Neuregelung der Arbeitszeit der Beamten statt. Die Verhandlungen wurden vertagt, da die Beamtenorganisationen Gewicht darauf legen, daß ihnen der Entwurf des Arbeitszeitgesetzes für die gewerblichen Arbeiter und Angestellten vorgelegt werde.

Entwurf zum Grundsteuergesetz angenommen.

Der Ausschuß des Preussischen Landtages hat den Regierungsentwurf der Grundsteuer angenommen. Der Entwurf ist lediglich in einem Punkt geändert worden, insofern als die Abgabe pro zwei Morgen landwirtschaftlichen Grundbesitzes, die 3,60 Goldmark pro Jahr betragen sollte, auf 25 Goldpfennig pro Monat ermäßigt wurde. Die Abgabe für städtischen Grundbesitz bleibt mit 20 Goldpfennigen pro Monat gleich 2,40 Goldmark pro Jahr bestehen.

Wertbeständige Geldstrafen.

Wie der preussische Justizminister bekannt gibt, beträgt nach Inkrafttreten des Reichsgesetzes über Vermögensstrafen und Bußen vom 20. Oktober ab bei Übertretungen die Mindestgeldstrafe 10 Millionen, die Höchststrafe 10 Milliarden, bei Verbrechen und Vergehen die Mindestgeldstrafe 30 Millionen, die Höchststrafe 1000 Milliarden und, wenn die Tat aus Gewinnsucht begangen ist, 10 000 Milliarden Mark. Die erhöhten Strafrahmen gelten auch bei Taten, die vor dem Inkrafttreten des Gesetzes begangen sind. Geldstrafen unter 10 Millionen Mark bei Verbrechen und unter 30 Millionen Mark bei Verbrechen und Vergehen sind nach dem 19. Oktober 1923 nicht mehr zulässig. Das Gesetz bringt ferner als neuen Punkt das wertbeständige Geldstrafenurteil. Alle erkannten Geldstrafen und Bußen passen sich künftig selbstständig der Bewegung der Reichsindexzahlen vom Tage des Erlasses der Entscheidung ab an.

Kartoffelbeschlagnahme in Bayern.

Der Generalstaatskommissar ordnete mit sofortiger Wirksamkeit für das rechtsrheinische Bayern an, daß jeder Landwirt, der Herbstkartoffeln angebaut hat, verpflichtet ist, bis zum 17. November 30 % seiner gesamten Kartoffelernte an Verbraucher oder zum Kartoffelhandel zugelassene Personen in Bayern abzugeben, widrigenfalls Enteignung erfolge. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis und Geldbußen bestraft.

Die Zwangspensionierungen in Sachsen.

Der sächsische Landtag hat die politische Tätigkeit des Kabinetts Zeigners mit der Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses beschlossen, der die politischen Zwangspensionierungen von Beamten untersuchen soll. Hier sollen sich schwere Mißstände gezeigt haben.

Rußland.

× Bildung einer Territorialarmee in Rußland. In der Organisation der Roten Armee wird der erste Versuch, zum Territorialsystem überzugehen, durchgeführt. Die Jahrgänge 1898 bis 1901 sind einberufen worden und sollen den militärischen Unterricht in für zwei Wochen zusammengestellten Territorialdivisionen wiederholen, der tatsächlich nur fünf Monate dauern wird anstatt des vierjährigen Unterrichts in den Kasernen.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Dem Völkischen Beobachter in München und der Notiz in Berlin ist das Wiedererscheinen auf Grund gewisser Zusicherungen ihrer Chefredaktionen gegenüber dem Reichswehrministerium gestattet worden.

Karlsruhe. Nach einer amtlichen Mitteilung ist die Abhaltung des nach hier einberufenen Betriebsrätekongresses auf Grund des militärischen Ausnahmezustandes verboten worden.

Paris. Die deutsche Denkschrift über die drei technischen Studien Belgien betr. die Schaffung von Monopolen in Deutschland ist der belgischen Regierung übergeben worden.

Paris. Nach den Meldungen aus dem besetzten Gebiet sind bisher 30 000 Eisenbahner von der franko-belgischen Regie wieder eingestellt worden.

Rom. Eine italienische Abteilung hat unter dem Kommando des Obersten Mazetti am 13. Oktober in Tripolis einen Erfolg über 1400 Rebellen, die mit Mitralkanonen und Artillerie ausgerüstet waren, davongetragen. Die Rebellen liefen auf dem Schauplatz des Gefechts 372 Tote zurück.

Newyork. Der frühere Reichskanzler Dr. Cuno steht im Begriff, mit dem Dampfer „Wallin“ die Rückreise nach Deutschland anzutreten.

Neue Schritte der Reichsregierung.

Vor der Katastrophe.

An der Hartnäckigkeit Frankreichs sind alle Versuche gescheitert, zu irgendwelchen Verhandlungen über die Regelung der allgemeinen und insbesondere der Verhältnisse in den besetzten Gebieten zu kommen.

Deshalb hat die deutsche Reichsregierung, ausgehend von der Tatsache, daß die Reparationslieferungen nicht bloß Frankreich angehen, dem Vernehmen nach, die diplomatischen Vertreter in den europäischen Ländern und in Washington beauftragt, einen Schritt in dieser Frage zu tun, die Deutschland vor die Gefahr einer finanziellen oder sozialpolitischen Katastrophe stellt.

Die deutsche Regierung hat sich schon bereit erklärt, zunächst die lokalen Behörden und Wirtschaftsverbände mit französischen Besatzungsbehörden verhandeln zu lassen. Poincaré aber verlangt bekanntlich das, was das Reich in seiner gegenwärtigen höchsten finanziellen Bedrängnis nicht leisten kann, die Finanzierung der Sachlieferungen durch die deutsche Regierung. Dabei steht der verhängnisvolle Einbruch von Hungertod und Verderben im besetzten Gebiet vor der Tür. Das Kabinett verhandelt andauernd über Maßnahmen gegen die drohende Katastrophe.

Wirtschaftsrat in Düsseldorf.

Mit Billigung der Reichsregierung wird zur Wiederaufnahme von Wirtschaft und Arbeit in Düsseldorf ein Wirtschaftsrat gebildet, an dem sich auch die Besatzungsbehörde beteiligt. Vertreten sind in ihm die Stadtverwaltung, Gewerkschaften, Arbeitgeberverband, Handelskammer, Handwerkskammer, Banken und das Transportgewerbe. Die Besatzungsbehörde entsendet fünf Vertreter: für Regie, Finanzen, Sektion Ökonomie, Gruben- und Gütenkommission und Ortskommandantur.

Der Konflikt mit Bayern.

Tiefes Bedauern bei allen Parteien.

Daß die seit längerer Zeit hinschiebenden Unstimmigkeiten zwischen Berlin und München nun doch zum offenen Konflikt sich ausgewachsen haben, wird in allen Kreisen auf das höchste bedauert, die auch in dieser schweren aller Zeiten die Erhaltung der deutschen Volkseinheit als einzig rettendes Ziel in unserer Bedrängnis erblicken. Und diese Kreise bilden bei sämtlichen ernsthaften politischen Parteien, mögen sie hüben oder drüben stehen, die weitaus große Mehrheit. Sie bilden auch die Mehrheit des gesamten deutschen Volkes. Dieses Bewußtsein sollte uns die tröstende Gewißheit von der friedlichen und baldigen Beseitigung des Konfliktsstoffes geben. Das Reich, und immer wieder das Reich, diese Parole muß uns retten, muß Meinungsverschiedenheiten überwinden — es ist unser einziger Rettungsanker — in der Gegenwart. Geht auch dieser verloren, versinken wir!

Um Herrn v. Löffow.

Über die Gründe, die zu der Zuspitzung geführt haben, ist zu sagen, daß sie im wesentlichen um die Person des in Bayern unter dem Ausnahmezustand Kommandierenden General v. Löffow entstanden. In der Nichtausführung des an ihn ergangenen Befehls der Reichsleitung, den Völkischen Beobachter zu verbieten, sieht die Reichsregierung beim General v. Löffow eine Verletzung seiner Disziplinarpflicht.

Die Reichsregierung kündigte daher gegen den General die schärfsten Maßnahmen an. Die Reichsregierung bedauert, daß damit eine Art Einheitsfront zwischen Bayern und Sachsen gegen den Reichswehrminister geschaffen worden ist. Sie wird die verfassungsrechtlichen Kompetenzen unter allen Umständen durchsetzen.

Die Abberufung des Generals v. Löffow sei durch den Reichswehrminister offiziell erfolgt. Die bayerische Regierung habe daraufhin den Rücktritt des Reichswehrministers gefordert. Der Reichswehrminister hat bis zum äußersten versucht, durch gütliches Verhandeln ein Einvernehmen herbeizuführen. Er ist selber nach Bayern gefahren, aber ohne Erfolg, da General v. Löffow überhaupt nicht erschienen ist, um mit dem Minister zu verhandeln; er stellt sich hinter den Generalstaatskommissar v. Kahr und erklärt einfach, er fühle sich an Bayern gebunden.

Amtlicher Verkehr mit Berlin unterbrochen.

Die bayerische Regierung hat durch ihren Vertreter in Berlin, Herrn v. Preger, die Reichsregierung wissen lassen, daß Bayern jeden weiteren amtlichen Verkehr mit dem Reichswehrminister und dem Chef der Heeresleitung General v. Seeckt ablehne.

Aber auch in Bayern verlautet, man erkenne die Bemühungen des Reichswehrministers, seine Tätigkeit und seine Erfolge durchaus an, wenn man auch in dem kritischen Punkt ihm nicht zustimmen könne. Man erkenne die Not-

wendigkeit der Reichserhaltung an, und über alle Personenfragen hinweg sei die Unantastbarkeit dieses Prinzips erhoben.

Der bayerische Standpunkt.

Aus München wird zum Fall Löffows amtlich gemeldet: Die Darstellung über den Fall Löffow, die die Reichsregierung durch die Presse veröffentlicht hat, bedarf in wichtigen Punkten einer Berichtigung. Eine genaue Sachdarstellung wird von der bayerischen Staatsregierung noch gegeben werden. Nach privaten Berichten aus München wird ferner darauf hingewiesen, daß General v. Löffow von Anfang an sich bereit erklärt hat, von seinem Posten zurückzutreten, und daß er diese Erklärung sogar vorgestern noch dem Generalstaatskommissar v. Kahr gegenüber wiederholt hat. Die bayerischen Reichswehroffiziere stünden aber auf dem Standpunkt, General v. Löffow sei auf seinem Posten zurzeit unerlässlich, weil kein anderer General so wie er das Vertrauen der Truppe und die Achtung der Bevölkerung besitze. Sein erzväterlicher Rücktritt würde, nach der Überzeugung der bayerischen Generalfität, unzweifelhaft eine Zerrüttung des militärischen Zusammenhalts in der bayerischen Reichswehr zur Folge haben.

Ein neuer Vermittlungsversuch.

Es scheint, so wird weiter berichtet, als ob in diesem Konflikt wieder eine gewisse Entspannung der Lage eingetreten sei. Man dürfte dies wohl darauf zurückführen, daß der Reichskanzler beabsichtigt, in neue Verhandlungen einzutreten. Man hofft in München, daß diese Verhandlungen, zu denen bereits eine Persönlichkeit aus Berlin unterwegs ist, zu einer Einigung führen dürften.

Entspannung in Sachsen?

General Müller und Dr. Zeigner verhandeln.

Der sächsische Ministerpräsident Dr. Zeigner hat dem General Müller einen Besuch abgestattet. Hierbei hat eine gründliche Aussprache über die gesamte Sachlage stattgefunden. Es besteht Grund zu der Annahme, daß diese Aussprache eine Entspannung herbeigeführt hat. Dr. Zeigner hat vorher an General Müller seine Bereitwilligkeit schriftlich übermittelt, zu verhandeln.

Wie ferner bekannt wurde, handelt es sich bei dem Verlegen von Reichswehr nach sächsischen Standorten nicht um eine Reichsregulierung gegen Sachsen, sondern um die Wiederherstellung der Ordnung. Diese Ordnung war zweifellos dadurch bedroht, daß eine kommunistische Betriebsrätezentrale sich als eine Art Nebenregierung etabliert hatte und hierin sogar von einem kommunistischen Minister unterstützt wurde. Es bestand die Gefahr, daß die von dieser Zentrale betriebene Agitation unter den Massen Unruhen hervorgerufen würde. Daneben bestand noch die weitere Gefahr, daß etwa auf Grund irgendwelcher Hilferufe solcher Kreise, die sich bedroht fühlten, Kampfverbände den Versuch machten, nach Westsachsen zu gelangen. Dieser Gefahr soll durch die starke militärische Verstärkung vorgebeugt werden. Der Einmarsch dieser Verstärkungen erfolgt übrigens in vollem Einverständnis mit dem sächsischen Zivilkommissar Meier und dem Reichsinnenminister Sollmann, die bekanntlich beide der Sozialdemokratischen Partei angehören.

Zwangsstilllegungen im Erzgebirge.

Nach Meldungen aus Aue im Erzgebirge ist es dort wieder zu größeren Kundgebungen gekommen. Da zwangsweise Stilllegung von Betrieben stattfand, wurde Sipo angefordert, die denn auch erschien. Verschiedene Betriebe konnten wegen der Unmöglichkeit, die Forderungen zu erfüllen, die Arbeit nicht wieder aufnehmen.

Trotz des bekannten Verbotes des Generals Müller ist die Einberufung des kommunistischen Betriebsräte-Kongresses des Freistaates Sachsen für Montag nach Chemnitz aufrechterhalten worden, und die kommunistischen Mitglieder der sächsischen Staatsregierung, die Herren Graupe, Böttcher und Sedert, werden dabei als Redner auftreten.

Wir haben zuviel Kohlen!

Die Vorräte sind nicht mehr abzusehen.

Mit höchst interessanten und für die Unzulänglichkeit zugehenden Feststellungen beschäftigte sich der preussische Staatsrat. Es lag eine Anfrage der Arbeitsgemeinschaft an die Staatsregierung vor, in der darauf hingewiesen wird, daß

Mittagsonne.

Roman von Wolf vom Rosenegg.

10)

Nachdruck verboten.

Kläre wurde nur dies letztere mitgeteilt. Den in ihrer Heimat meist rauhen Herbst mit seinen vielen Nebeln und dem kalten, stürmischen Winter sollte sie für dieses Jahr im sonnigen Süden verleben. Kläre war aber erst dann einverstanden, als ihr Vater es für selbstverständlich erklärte, daß er mitgehe.

Hans Reichmann fuhr gleich nach Mittag nach Schwanbach zurück, versprach aber, in den nächsten Tagen wiederzukommen. Man möge ihm nur den Wagen zum Morgenzuge senden.

Als Hans Reichmann nach Schwanbach zurückkam, wartete seiner schon dort der Ruf ins Haus des Bürgermeisters, dessen Sohn, ein fünfzehnjähriger Gymnasiast, plötzlich von einer heimtückischen Krankheit befallen worden war. Es bedurfte der ganzen Kunst des Arztes, um das blühende Leben den gierigen Knochenhänden des Sausenmannes zu entreißen. Freilich, zwei volle Nächte wachte er selbst am Lager des Kranken; dann, am zweiten Morgen, konnte er den hocherfreuten Eltern mitteilen, daß die Krisis überstanden, ihr Sohn gerettet sei. Auch die beiden kommenden Tage nahmen Hans Reichmann seinen Beruf so in Anspruch, daß er erst in der ersten Nacht des vierten Tages nach Birtenau fahren konnte. Während dieser Zeit war es ihm nicht möglich gewesen, auch nur eine Viertelstunde seiner Zeit abzugeben, um nach Freienfeld hinaus zu fahren und der Familie Barth guten Tag zu sagen. Er nahm sich aber vor, gleich nach seiner Rückkehr von Birtenau das Veräumte nachzuholen. Fünf Tage hatte er dann Elfriede nicht gesehen; eine Zeit, die ihm unerträglich lang schien. So war, als er nun wieder Birtenau zufuhr, neben der Sorge um Kläre auch die Freude in ihm, Elfriede vielleicht schon am nächsten Abend wiederzusehen.

Wenn Hans Reichmann ehrlich sein wollte, so mußte er sich gestehen, daß der Zwispalt in seiner Seele immer größer wurde, denn schon geraume Zeit stand er am Scheideweg, und immer näher sah er die Stunde rücken, in der sich entscheiden mußte, welchen Weg er aima.

die Nachfrage nach Kohlen in den Bergwerksbezirken derartig nachgelassen habe, daß die Grubenverwaltungen genötigt waren, Feierschichten einzulegen. Die Halbenpläne seien derart überfüllt, daß mit einer Vermehrung der Feierschichten zu rechnen sei. Entlassungen von Bergarbeitern seien schon die Folge gewesen. Andererseits beziehe die Reichsbahnverwaltung fortlaufend erhebliche Kohlenmengen aus dem Auslande.

Der Staatsrat möchte von der Regierung wissen, warum der Kohlenbedarf der Reichsbetriebe nicht im Inlande gedeckt werde. Die Eisenbahnpolitik müsse den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Landes mehr angepaßt werden. Geh. Kommerzienrat Klöckner bestätigte die Mißstände. Man wisse in Hamm tatsächlich nicht mehr, wo man die Kohlen lassen soll. Ganz besonders wandte sich der Redner gegen den Reichskohlenkommissar. Unsere Wirtschaft könne nicht gesunden, wenn die vom Reiche eingesetzte Behörde derartig anfeindlich wirtschaftet, wie das Reichskohlenkommissariat. In der Privatwirtschaft würde eine solche Behörde nicht 24 Stunden bestehen. Der Redner meinte noch, es sei unerhört, wenn auf den Kohlengruben Feierschichten eingelegt würden.

Dieses „unerhört“ muß vielleicht nicht ganz nach der Meinung des Redners, aber von volkswirtschaftlichen und nationalen Gesichtspunkten unterschrieben werden. Wenn das Reich oder die Staaten die englische Kohle billiger kaufen als die deutsche, so muß dieser Zustand eben sobald als möglich auf irgend einem Wege geändert werden. Aber die deutschen Bergleute feiern, die Läger von Kohlen überfließen zu lassen, während die hungernde Bevölkerung zu gleicher Zeit infolge der unerhörten Kohlenpreise keine warme Stube mehr machen kann und die Erwerbsbetriebe an diesen gleichen Preisen erliden — das ist wirklich unerhört!

Mussolini und die Reparationsfrage.

Rom, 20. Oktober.

Die Agentur Volta veröffentlicht zu der Reparationsfrage eine unverkennbar offiziöse Note. Zu Eingang der Note wird betont, daß der belgische Plan auf dem Prinzip der produktiven Pfänder aufgebaut sei, und die italienische Regierung stets und ständig dieses Prinzip verteidigt habe. Weiter wird in der Note die Anregung ausgesprochen, die Verbündeten möchten, wenn sie ihre Forderungen an Deutschland noch nicht mit genügender Klarheit umschrieben hätten, einen Meinungsaustausch unter sich eröffnen, in der Absicht, die Gesamtforderungen an das Reich auf 50 Milliarden oder eine geringere Ziffer festzusetzen. Falls man die gesamte Reparationsschuld noch weiter herabsetze, müssen natürlich die Verbündeten gewisse Opfer bringen, doch seien bei der Verteilung der Progenitäre an die einzelnen Alliierten die Anstrengungen und Ausgaben der Mächte während des Krieges nach Maßgabe ihrer Hilfsquellen und Finanzkraft zu berücksichtigen.

In den politischen Kreisen nimmt man an, daß Mussolini demnächst einen neuen Schritt in der Reparationsfrage unternehmen und einen Standpunkt vertreten werde, der bereits in der vorstehenden Note angedeutet sei.

Um das Schicksal von Millionen.

Die Not im besetzten Gebiet.

Die Rheinische Zeitung, das Kölner Hauptorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei, schreibt, im Laufe der letzten Kölner Stadtverordnetenversammlung habe man zum erstenmal von verantwortlicher Stelle erfahren, wie groß die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter allein im Stadtbezirk Köln ist. Neben den 80 000 voll Arbeitslosen stehen annähernd 100 000 Kurzarbeiter. Das bedeutet, daß von 700 000 Einwohnern Kölns jeder dritte nicht mehr vollbeschäftigt ist.

Immer tiefer sinkt die Kaufkraft der breiten Massen. Mit der Stilllegung des wirtschaftlichen Kreislaufes infolge des Ruheinbruchs und seiner Folgen würden Hunger und seelische Ermattung und die Gefahr innerer Katastrophen ständig vergrößert. Wir rufen, sagt das Blatt, im Namen der Kölner Bevölkerung die Mächte der Entente an, mit der deutschen Regierung gegen diese entsetzliche Not anzukämpfen. Wir mahnen in letzter Stunde, von der Bedrückungs- und Gewaltpolitik abzusehen und alles daran zu setzen, daß die Mäder einer geordneten Wirtschaft wieder in Gang kommen. Es geht um das Schicksal von Millionen.

Erfolge der Ingenieur-Kommission.

Aus dem Ruhrgebiet wird geschrieben:

Die Franzosen haben Essener und andere Zeitungen verboten, weil sie über das schwere Unglück auf der von

An der Haltestelle wartete der Wagen. Diesmal war auf Hans Reichmanns ausdrücklichen Wunsch Better Franz nicht selbst gekommen, sondern ein Anecht.

Auf Birtenau erwartete ihn die alte Haushälterin und führte ihn nach kurzer Begrüßung auf sein Zimmer. Hans Reichmann fragte sie, wie es Kläre gehe, und da schüttelte das alte Fräulein, das schon Hausens und Kläres Kinderzeit überwacht hatte, betäubt das Haupt und meinte traurig: „Es ist immer dasselbe. Keine Ruhe und, was noch viel, viel schlimmer ist, keine Lebenslust. Kläre ist so unfroh und so müde.“

„Fühlt sie sich krank?“ fragte Hans Reichmann erschrocken. „Ach, Herr Hans, Kläres Freudlosigkeit kommt nicht von ihrer Krankheit, sondern umgekehrt, diese von jener. Die Seele ist krank, und da ist es der Körper auch geworden.“

Betroffen sah Hans Reichmann die Sprecherin an. Ein leises Schuldbewußtsein wurde unwillkürlich in ihm rege, und zugleich ahnte er, daß das alte Fräulein mehr wisse und mit ihm darüber sprechen wolle.

So sagte er also: „Sie haben mir etwas zu sagen; ich ahne es. Ich liebe die Wahrheit, die Offenheit und Klarheit in allen Lebenslagen; um jeden Preis.“

„Sie haben recht, Herr Hans. Ich wollte mit Ihnen sprechen; lehtesmal bin ich nicht dazu gekommen und würde auch heute den Tag über keine Zeit mehr finden, dies anzudeuten zu können. Sie müssen also jetzt entschuldigen, daß ich Sie störe. Sie hätten sich gewiß gern noch ein paar Stunden hingelegt.“

Hans Reichmann wehrte ab. „Das kommt niemals in Betracht, wenn es sich um Kläres Wohl handelt. Also bitte!“

„Herr Hans“, begann darauf die Haushälterin nach einigem Zögern, „an Kläres Krankheit ist vor allem ein Brief schuld, den sie vor einiger Zeit erhielt.“ — „Ein Brief?“

„Es war ein anonymes Schreiben und kam aus Schwanbach.“

„Ah!“ Hans Reichmann hatte es überrascht gerufen. Im Augenblicke war ihm alles klar. Er fragte: „Haben Sie den Brief gelesen?“

„Herr Hans, Sie müssen nicht denken, daß ich in dieser Sache Kläres Vertraute bin. Nie hat sie weder mir noch ihrem Vater gegenüber ein Wort darüber geäußert; aber der Zufall wollte es, daß ich jenen Brief einmal zu lesen

den Franzosen mit polnischen und französischen Kulis in Betrieb gesetzten Zeche Viktor bei Ranzel berichteten. In aller Heimlichkeit sind die Opfer — über 40 — begraben worden. Das Unglück ist entstanden, weil der französische Ingenieur, entgegen der dringenden Warnung des als Geisel mitgenommenen und zu Tode gekommenen Grubenbeamten vermauerte Schlagwetterstrecken sprengen ließ. Der Schacht droht übrigens zu versinken. Auch mit der Inbetriebsetzung der beschlagnahmten Kofereien haben die Franzosen kein Glück; es ist ihnen noch nirgends gelungen, Koks zu erzeugen. Aber sie versuchen es, wenigstens den Schein oder richtiger Feuerchein zu erwecken, als ob die Koksöfen in Betrieb wären, und zwar durch Verbrennen von Delfässern.

Lokales und Provinzielles.

Salver, 23. Oktober 1923.

Postalisches. Der Meißbetrag der Postanweisungen, Postaufträge und Nachnahmen aus dem Ausland sowie der Meißbetrag der Nachnahmen auf Postpaketen und Postfrachtscheine aus Deutschland nach dem Ausland ist, bis auf einige Ausnahmen, auf 300 Milliarden Mark erhöht worden. Soweit diese Dienstzweige vorläufig eingestellt sind, gilt die Erhöhung erst vom Zeitpunkt ihrer Wiederaufnahme an. Zu den Ausnahmen gehören Luxemburg (150 Milliarden), Polnisch-Oberschlesien (Postanweisungen 500 Millionen, Postaufträge und Nachnahmen wie im inneren deutschen Verkehr), Portugal (500 000 Mark). Der deutsche Gegenwert des Goldfranken bei der Gebührenerhebung im Paket-, Zeitungs-, Telegramm- und Fernsprecheverkehr nach dem Ausland ist mit Wirkung vom 20. Oktober an auf 2 600 000 000 Mark festgesetzt worden. Dieses Umrechnungsverhältnis ist auch bei der Verlangung auf Paketen und Briefen sowie auf Kästchen mit Verlangung nach dem Ausland anzuwenden. Nähere Auskünfte erteilen die Post- und Telegraphenanstalten. — Der Ertragsbetrag für Postpakete ohne Wertangabe ist auf 140 Millionen Mark für je 500 Gramm der ganzen Sendung und für eine eingeschriebene Sendung auf eine Milliarde erhöht worden. Die neuen Sätze gelten für die vom 20. Oktober ab ausgelieferten Sendungen.

Salver, 22. Okt. In das Manufakturwarengeschäft von Rud. Feld, Hohenzollernpark wurde in der Nacht von Samstag auf Sonntag oder in der darauffolgenden Nacht ein Einbruch verübt. Der oder die Diebe sind durch Uebersteigen des Eisengitters in den Vorraum des Verkaufsraumes gelangt, haben aus der Tür ein Brett losgemacht und sind durch die Öffnung in den Laden eingedrungen. Die Hälfte der dort lagernden Manufakturwaren und Stoffe haben die Diebe mitgenommen. Da der Inhaber in Heesfeld wohnhaft ist und heute gegen 10 Uhr sein Geschäft öffnen wollte, bemerkte er den Einbruch. Die sofort benachrichtigte Polizei fahndet eifrig nach dem Täter. — In derselben Nacht wurde in die Wohnung des Tagelöhners Dienststuhl in Dommelnheide, ein alleinstehender Mann, der in diesen Tagen außerhalb beschäftigt war, eingebrochen. Gestohlen wurde der beste Anzug, Pfeife, Taschen und Teller, 1 Kaffeeservice usw. — Dem Landwirt Kresting, der Roggen in dem Häuschen lagern hatte, haben die Diebe ca. 150 Pfd. mitgenommen. Den Fußspuren nach zu schließen, scheinen die Diebe mit ihrer Beute die Richtung Glörsfeld-Schaltmühle eingeschlagen zu haben.

Salver, 23. Okt. Wie wir erst jetzt erfahren, konnte am verfloffenen Samstag Ludwig Johann zu Carthausen, der seit einer langen Reihe von Jahren die dortige Postagentur verwaltet, mit seiner Gattin das Fest der Silbernen Hochzeit begehen. Wir gratulieren nachträglich.

Salver, 22. Okt. Einen seltenen Kunstgenuss bereitete uns gestern nachmittag der M.-G.-B. „Alion“ hierseits. Der große Saal des Hauses zur Fuhr war bis in den äußersten Winkel besetzt. Der Vorsitzende des Vereins, Otto Scheilhäfe begrüßte die zahlreich erschienenen Zuhörer, insbesondere den mitwirkenden Quartettverein „Rheingold“ U.-Barmen, die Herren des Zither-Quartetts Elberfeld, die Solistin Frau Elena Mary-Wolf Elberfeld, sowie den Protektor des Vereins Fabritant B. Sippel. Der Chor des festgebenden Vereins sowie

Veram, ohne daß Kläre etwas davon erfuhr. Er interessierte mich, denn seit Kläre diesen Brief erhielt, war sie wie ausgewechselt. Alle ihre Fröhlichkeit war wie erstorben, sie sang und scherzte nicht mehr, aß und trank kaum noch, wurde blaß und schmal und verlor gänzlich das Interesse an all dem, was sie vorher noch sehr erfreut hatte. Auch, es gelang ihr nicht immer, es vor mir zu verbergen, weinte sie sehr viel. Erschreckt sah Herr Reichmann und ich diese Veränderung, die wir uns gar nicht erklären konnten. Ich dachte an dieses Schreiben und fand, als ich es einmal in die Hand bekam, meinen Verdacht bestätigt. Ich wußte nun, warum es so unheilvoll auf Kläre gewirkt hatte, denn Kläre ist unter meinen Augen aufgewachsen, ich habe, so gut ich es vermochte, Mutterstelle an ihr vertreten, und da blieben mir auch die geheimsten Regungen einer solchen zarten und empfindlichen Mädchenseele nicht ganz verborgen.

„Was enthielt dieser Brief?“

„Nicht wahr, Herr Hans, niemals soll Kläre von unserer Unterredung erfahren.“

„Selbstverständlich.“

„Nun, in dem Briefe, der zwar mit verstellter Schrift, aber, wie ich sicher glaube, von einer Frauensperson geschrieben wurde, stand, daß Sie, Herr Hans, im Begriffe seien, in Schwanbach in die Reihe einer stadtbekannten Kofette, der Tochter eines pensionierten Obersten, zu geraten. Diese spielte nur mit Männern und, wenn sie deren Herzen in vollen Brand gesteckt habe, werfe sie sie wie ein Spielzeug weg. Der Briefschreiber wisse, daß Sie hier im Hause aufgezogen worden seien und daß Fräulein Kläre Ihnen wie eine Schwester sei. Sie möchte also warnen, bevor es zu spät. Aber Eile täte not, denn schon wären Sie beinahe jeden Abend bei dieser Familie zu Gast und es habe den Anschein, als wären Sie mit der Tochter schon sehr vertraut. Dies ist ungefähr der Wortlaut des Briefes. Wenig später brachte Baron Pöllinger einen Gruß von Ihnen aus B. Sie hätten dort eine Patientin, Frau Oberst P., besucht. Herr Hans, ich weiß, Sie verstehen mich; ich hätte es sonst nie gewagt, mit Ihnen über diese Sache zu sprechen. Sie wissen am besten, was unsere liebe Kläre wieder gesund machen kann, die Kunst des Arztes und auch der Aufenthalt im Süden vermögen es nicht.“

(Fortsetzung folgt.)

Börse und Handel.

Kein amtlicher Dollarkurs in Berlin am 20. Oktober. Die Börse blieb für den Devisen- und Effektenverkehr am Sonntag geschlossen. Amtliche Kurse wurden deshalb nicht festgesetzt. Im freien Verkehr wurde der Dollar mit 18 bis 20 Milliarden genannt, doch kam es infolge des fehlenden Angebots kaum zu nennenswerten Umsätzen. Dagegen entwickelte sich in Dollarkaufanweisungen großes Geschäft zu Kursen von 18 bis 19,5 Milliarden Mark. Für Goldanleihe wurde ein Kurs von etwa 18 Milliarden genannt.

Produktenmarkt. Berlin, 20. Oktober. Amtlich festgesetzte Preise an der Produktenbörse pro 50 Kilogramm ab Station (in Millionen Mark): Weizen märkischer 31 000—33 500. Erregt. Roggen märkischer 29 000—30 500. Erregt. Hafer märkischer 24 000—25 000. Erregt. Weizenmehl pro 100 Kilogramm frei Berlin brutto inkl. Sad 92 000—99 000. Feinste Marken über Notiz. Erregt. Roggenmehl pro 100 Kilogramm frei Berlin brutto inkl. Sad 89 000—95 000. Weizenkleie frei Berlin 14 000—14 500. Erregt. Roggenkleie frei Berlin 14 000 bis 14 500. Erregt. Vitoriaerbsen 42 000—45 000. Kapselbohnen 21 000—23 000. Linsen 30—32 8000—9000.

Kohlenpreise in Berlin. Vom 20. Oktober ab kostet ein Rentner Britisch ab Lager 4,119, frei Kessel 4,344 Milliarden Mark, ein Rentner Gasföts ab Lager 8,793, frei Kessel 9,051 Milliarden Mark.

Aus dem Gerichtssaal.

§ 13 Monate Gefängnis für Regierungsrat Boll. Der Regierungsrat Boll in Frankfurt a. d. Oder, der wegen Nötigung und Mißhandlung weiblicher Bureauangestellter angeklagt war,

wurde von der Strafkammer in Frankfurt a. d. Oder zu 13 Monaten Gefängnis verurteilt.

§ 13 Monate Gefängnis für Regierungsrat Boll. Der Regierungsrat Boll in Frankfurt a. d. Oder, der wegen Nötigung und Mißhandlung weiblicher Bureauangestellter angeklagt war, wurde von der Strafkammer in Frankfurt a. d. Oder zu 13 Monaten Gefängnis verurteilt.

Turnen, Spiel und Sport.

Halver, 22. Oktober 1923.

Das am gestrigen Sonntag hier ausgetragene Diplomwettbewerb zwischen der 1. Jugend des Sp. u. Sp. Vereins Halver und der gleichen Mannschaft des Vereins für Bewegungsspiele Brügge nahm leider keinen guten Verlauf. In der ersten Halbzeit wurde das Spiel zwar scharf, aber ziemlich ruhig durchgeführt. Zur Halbzeit führte Halver 1:0. Nach dem Seitenwechsel wurde der Kampf immer unfairer. Eine günstige Gelegenheit benutzte Halver um ein zweites Tor zu erzielen. Dann verwies der Schiedsrichter, nachdem er mehrere Verwarnungen erteilt hatte, die merkwürdigerweise nur Halverschen Spielern galten, kurz hintereinander zwei Halverschen Spielern den Platz. Dann artete das Spiel so aus, daß der Schiedsrichter sich

gezwungen sah, es beim Stande 2:0 für Halver, abbrechen. Der Schiedsrichter (V. f. B. Brügge) war leider in seinen Entscheidungen nicht immer einwandfrei, das Spiel wäre sonst, bei unparteiischer Leitung, wohl bis zum Ende durchgeführt worden.

Sp. Ein neuer Flugrekord. Der durch seine Segelflüge in der Rhön berühmt gewordene Hannoveraner Mariens hat auf der Wiener Segelflugwoche einen neuen Weltrekord im Kreissegelflug aufgestellt. Mariens flog auf seinem Apparat „Strolch“ 25 Minuten lang auf einer Durchflughöhe von 11,6 Kilometern.



Berlin, 22. Okt. An der heutigen Börse notierte der Dollar 40 000 000 000.

Schriftleitung: Wiltz Bell jr., Halver i. Westf.

Fernsprecher 3705-3708.

Halbzeug : Stab-Form-Band-Eisen Walzdraht : Bleche u. s. w.

liefern ab Werk und Lager

WEDEKIND & Co. Eisengroßhandlung **HAGEN** Westf.

Zweighäuser:

Berlin SW. 11.

Cöln a. Rhein.

Lager mit Gleisanschluss:
Vogelsang, Kreis Schwelm i. Westf.

Steuerabzug vom Arbeitslohn.

Die Verhältniszahl für Ermäßigungen beim Steuerabzug ist ab 21. 10 1923 auf 210 festgesetzt, der Multiplikator für Sachbezüge ist unverändert.

Lüdenscheid, den 20. Oktober 1923.

Finanzamt,
Dr. P. W., Regierungsrat

Zu Goldmarkpreisen

liefert sofort und vorteilhaft:

Leder

in Hälften, Croupon und Ausschnitt, Gummiabsätze, Sohlen u. Sohlenplatten „Continental“ u. „Mittelland“ Sohlennägel, Tackse und sämtl. Stifte, Stoß- und Absatzseisen Marke „Baja“, Hämmer, Zangen, Raspen, Dreifüße, Arbeitsständer, sowie alle anderen Werkzeuge, Schuhercremen und Appreturen in allen Farben, Garne, Zwirne, Glaspapier, Oesen und Agraffen.

Turnschuhe

mit Gummi- und Chromledersohle in allen Größen und Farben.

Spezialität: fertige Kernlederabsätze.

Theod. Becker,

Spezialgeschäft und Versandhaus für alle Schuhmacher Bedarfsartikel, Kierspe-Bahnhof i. W. Hauptstr. Nr. 229. Telefon: Amt Meinerzhagen Nr. 72.

Sämtliche Drucksachen

für Industrie, Handel, Vereine und Private

in modernster Ausführung
:- liefert schnell und billig :-

Wilh. Bell jr., Halver i. W.

Buch- und Kunstdruckerei. Verlag des „Allgemeinen Anzeigers“ u. „Schalksmühler“ General-Anzeigers.

Wir liefern für unbesetzt. Gebiet ab Lager u. ab Werk:

Halbzeug-

Formeisen

T- u. U-Eisen

Bauschienen

Stabeisen

Moniereisen

Bandeisen

Universaleisen

Walzdraht

Bleche

schwarz u. verzinkt

Oberbaumaterial

Grubenschienen

Röhren-Fittings

Lagerlisten
auf besondere
Anforderung!

Einsendung von
Bedarfs-
spezifikationen
erbeten!

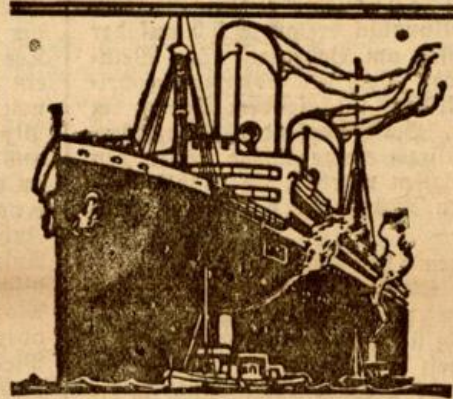
Gebr. Röchling, Hamm (Westf.)

Bureau und Lager: Maximilian bei Hamm.

Fernruf: Hamm 1881, 1882, 1883. Unna 447.

Telegramm-Adresse: Montanröchling Hamm (Westf.)

BREMEN



AMERIKA

OSTASIEN-AUSTRALIEN

Regelmäßiger Personen- u. Frachtverkehr mit eigenen Dampfern. Anerkannt vorzügliche Unterbringung und Verpflegung für Reisende aller Klassen. Reisegepäck-Versicherung. Nähere Auskunft durch

NORDDEUTSCHER

LLOYD

+ BREMEN +

in Lüdenscheid: Ferdinand Bochmann, Spedition, in Essen: Norddeutscher Lloyd, Gen.-Agent, Handelshof

Dixin Henkel's Seifenpulver

Ein
Seifenpulver
wie es sein soll
preiswert
und gut!

Automobil-

Lackierungen

Polsterungen, Karosserie, Reparaturen und Umänderungen, Verdecke - Kotflügel - etc.

W. Röhle, Hagen

Rehstraße 27 Telefon 406 (Herres). Goldene u. silberne Medaillen.

Größte helle Werkstatt f. ca. 30 Wagen.

Feinste Referenzen der ersten Herrschaften.

Die Westfälische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft erhebt von ihren Mitgliedern einen spärlich zahlbaren Voranschuss in Höhe des 160 000fachen des bei der letzten Beitragserhebung entrichteten Betrages. Beiträge, die nicht zu den auf den Hebezetteln genannten Terminen gezahlt werden, gelangen mit einem der weiteren Geldentwertung entsprechenden Zuschlage zur Einziehung.

Die Heberollen liegen von morgen ab 2 Wochen lang im Amtshause, Zimmer 5 aus. Binnen 2 Wochen nach Auslieferung kann beim Genossenschaftsvorstand in Münster Widerspruch erhoben werden. Halver, den 20. Okt. 23. Der Amtmann.

Die erhöhten Unterstufungen bzw. Zusatzrenten für Sozialrentner, Kleinrentner, Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene können vom 22. Oktober bis 1. November d. J. in Empfang genommen werden.

Halver, 17. Okt. 23. Der Amtmann.

Neue Preise für Backwaren!

Ab Montag, den 22. Oktober kosten in 1000 000 Mk. Brötchen per Stück 50 1 Pfd. Weizenbrot 500 2 Pfd. helles Graubrot 850 3 1/2 Pfd. helles Graubrot 1020 3 1/2 Pfd. Schwarzbrot 1000 3 Pfd. Schwarzbrot 860 1 Pfd. geschm. 350 1 Pfd. Zwieback 960

Die Vereinigung der Brothersteller der Kreise Altena, Arnsberg, Hagen Stadt und Land, Herfeln Stadt und Land, Lüdenscheid, Olpe, Weischede, Schwelm und Schwerte Stadt.

Größere Auswahl prima tragende Rinder, welche von Dez. bis Febr. kalber verkauft gegen Jungvieh. Hugo Kerspe, Halver Telefon 52.